

Berlin, 19. Oktober 2020

Pressemitteilung

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Freie Berufe (IFB) unter knapp 1.900 selbstständigen Freiberuflern zu den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in den Freien Berufen

Prof. Dr. Ewer: „Vage Zuversicht, risikobehaftete Perspektive“

- Jeder zweite Freiberufler stark oder sehr stark betroffen.
- Gerade junge und kleine Unternehmen sind sehr angeschlagen.
- Zeichen stehen keineswegs auf Entwarnung.
- Weitere rund 180.000 Stellen in Gefahr.

„Die Corona-Krise hinterlässt seit März tiefe Spuren in den freiberuflichen Feldern. Jeder zweite Freiberufler ist stark oder sehr stark betroffen, zu Beginn der Krise waren es knapp zwei Drittel. Trotz einer aktuell leichten Entspannung auch bei der Auftragslage wird die Notlage vieler Freiberufler fort dauern. Im kommenden Jahr wird es für ein Achtel der Freiberufler um das wirtschaftliche Überleben gehen, 12,3 Prozent fürchten, dass der krisenbedingte Schaden für ihr Unternehmen im Verlaufe des Jahres 2021 existenzbedrohend wird. Diese Sorge trieb in der vorangegangenen Umfrage 7,8 Prozent um, diese Gruppe ist um ein gutes Drittel größer geworden“, so BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer zu den Ergebnissen der Umfrage.

Und führt fort: „Die Zeichen stehen keineswegs auf Entwarnung: Es tritt aktuell zwar eine gewisse wirtschaftliche Gesundung ein, diese ist aber nach wie vor anfällig. Und auch wenn der überwiegende Teil der Freien Berufe das Corona-Jahr 2020 zu überstehen scheint, ist eine weitere Entspannung der Lage im nächsten Jahr dringend nötig, um weitere Schließungen zu vermeiden. Wir müssen alles daran setzen, einen zweiten flächendeckenden Lockdown zu verhindern. Jetzt liegt es in der Verantwortung eines jeden, durch umsichtiges Verhalten dazu beizutragen, dass das öffentliche und wirtschaftliche Leben aufrechterhalten bleiben kann.“

Die Krise schlägt auch auf die Beschäftigung durch: Mehr als jeder Zehnte musste bereits Stellen abbauen, jeder Vierte befürchtet, sich bis Jahresende von weiteren Mitarbeitern trennen zu müssen, weitere fünf Prozent erwarten, im Verlauf dieses Jahres doch noch dazu gezwungen zu sein. So sind weitere rund 180.000 Stellen in Gefahr.

Etliche Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass gerade junge und kleine Unternehmen sehr angeschlagen sind. Die politischen Entscheidungsträger sollten diese besonders in den Blick nehmen. Schließlich sind sie für unseren Standort von struktureller Bedeutung. Mittelständische Unternehmen sind entscheidend für Wachstum und Wohlstand unserer Volkswirtschaft, Gründer ihre Zukunft.

Die Überbrückungshilfe ist ein wertvolles Instrument. Sie ist für drei von vier Beantragenden hilfreich. Der BFB konnte Mitte September Nachbesserungen erreichen. Der BFB hält aber weiter an seiner Forderung fest, bei Bedarf das Zeitfenster über August hinaus zu verlängern und insbesondere auch daran, einen Lebensunterhalt gerade für kleine Freiberufler-Einheiten und Solo-Selbstständige einzuziehen. Durch die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes ist die Asymmetrie der Hilfen für Selbstständige und Arbeitnehmern noch offensichtlicher geworden. Ein Bärendienst angesichts des ohnehin schon erlahmten Gründergeistes, signalisiert dies doch, dass Selbstständigkeit nicht wertgeschätzt wird.

Darüber hinaus besteht beim Kreditangebot weiterhin eine Mittelstandslücke: Der KfW-Schnellkredit gilt nur für Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten. So können Kleinunternehmer nicht auf die zu 100 Prozent staatlich garantierte Kreditlinie der KfW zurückgreifen. Auch hier muss noch eine Lösung geschaffen werden.

Sowohl die wirtschaftlichen Maßnahmen als auch weitere Maßnahmen und Auflagen tragen die Freien Berufe grundsätzlich mit. In den kommenden Monaten gilt es nicht nur, alle Hilfsinstrumente nachzuschärfen, wenn dies erforderlich ist. Überdies bleibt es unvermindert wichtig, Corona-Beschränkungen mit Blick auf das Wirtschaftsleben sensibel auszubalancieren.

Die Wachstumskräfte gerade des Mittelstands, hier sind die Freien Berufe eine wesentliche Säule, sind schließlich entscheidend, um die Krise durchzustehen.“

Ergebnisse

1. Wirtschaftliche Auswirkungen

16,2 Prozent der im Verlauf des Monats September befragten Freiberufler trifft die Krise sehr stark, mehr als jeden Dritten (37,3 Prozent) stark, 33,4 Prozent kaum und 13,1 Prozent gar nicht. Im Vergleich zur ersten Corona-Umfrage, die den Zeitraum von Mitte Mai bis Mitte Juni abdeckt, verbesserte sich die Situation der Freiberufler ein wenig. Gaben seinerzeit knapp zwei Drittel (61,8 Prozent) an, sehr stark oder stark betroffen zu sein, trifft dies nunmehr auf jeden Zweiten (53,5 Prozent) zu.

Betrachtet nach den vier Säulen sind die freien Kulturberufe sowie die freien Heilberufe am stärksten betroffen, hier spüren zwei von drei die Krise stark oder sehr stark, bei den technisch-naturwissenschaftlichen Freiberuflern sowie den rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Freiberuflern gilt dies für rund jeden Dritten. Im Vergleich zur vorherigen Auswertung hat sich die Situation außer bei den freien Heilberufen ein wenig verbessert.

Kleine Freiberuflereinheiten, die bis zu zehn Mitarbeiter beschäftigen, sind stärker betroffen als größere Unternehmen. Gerade Freiberufler mit bis zu fünf Mitarbeitern sind überdurchschnittlich betroffen, 18,5 Prozent sehr stark und 37,9 Prozent stark. Für Freiberufler mit zwischen sechs und zehn Mitarbeitern liegen die Werte bei 9,4 und 40,3 Prozent.

Junge Unternehmen, die zwischen 2015 und 2018 gegründet wurden, sowie ganz junge Unternehmen, die ab 2019 gegründet wurden, sind überdurchschnittlich stark betroffen: 61,1 Prozent beziehungsweise 58,3 Prozent sind sehr stark oder stark betroffen. Die Unternehmen beurteilen ihre aktuelle Situation etwas positiver als zuvor.

2. Existenzbedrohung

▪ Aktuell

Für beinahe jeden fünften Freiberufler (17,3 Prozent) ist der bisher entstandene wirtschaftliche Schaden existenzbedrohend, für 82,7 Prozent nicht. Auch hier ist die Situation weniger angespannt als noch während des Lockdown, hier lagen die Werte bei 29,5 Prozent und 70,5 Prozent.

Überdurchschnittlich betroffen sind ganz junge Unternehmen ab dem Gründungsjahr 2019, mehr als jeder Fünfte (22,2 Prozent) bangt um sein Fortbestehen. Überdies plagen gerade kleine Einheiten (20,2 Prozent) mit bis zu fünf Mitarbeitern Existenzsorgen.

- **Perspektive bis zum Jahresende**

2,3 Prozent befürchten, bis zum Jahresende aufgeben zu müssen. 14,1 Prozent können dies derzeit nicht einschätzen. 83,6 Prozent gehen davon aus, wirtschaftlich zu überleben. Leichte Entspannung auch hier, zuvor lagen die Werte bei 11,6 Prozent, 27,3 Prozent und 61,1 Prozent.

- **2021**

Beim Blick aufs kommende Jahr sind die Freiberufler skeptisch: Weitere 12,3 Prozent erwarten, dass der wirtschaftliche Schaden im Laufe des kommenden Jahres für ihr Unternehmen existenzbedrohend wird. 33,5 Prozent können dies derzeit nicht abschätzen. Hier hat sich der Wert gegenüber der vorherigen Umfrage verschlechtert, als 7,8 Prozent angaben, keine Perspektive zu sehen.

Wiederum ganz junge Unternehmen befürchten, sich nicht am Markt halten zu können (17,4 Prozent). Auch kleine Einheiten mit bis zu fünf Mitarbeitern sind überdurchschnittlich kritisch (14,4 Prozent).

3. Auftragsrückgang

Jeder fünfte Freiberufler verzeichnet massive Einbrüche um über die Hälfte: Bei 8,6 Prozent beträgt der Rückgang zwischen über 75 und 100 Prozent, bei 11,9 sind es zwischen 50 und 75 Prozent. Bei 20,7 Prozent belaufen sich die Einbußen auf über 25 bis zu 50 Prozent. 27,9 Prozent sind fünf bis zu 25 Prozent weggebrochen. Bis zu fünf Prozent geben 30,9 Prozent an. Auch in dieser Hinsicht ist eine leichte Besserung eingetreten. Zuvor verzeichneten 20,4 Prozent einen Auftragsrückgang zwischen über 75 und 100 Prozent, 12,4 Prozent eine Abnahme um zwischen 50 und 75 Prozent. Bei 23,4 Prozent lagen die Rückgänge bei über 25 bis zu 50 Prozent, 27,9 Prozent fehlten über fünf bis zu 25 Prozent und 15,9 Prozent bis zu fünf Prozent.

Hiervon sind gerade ganz junge Unternehmen ab Gründungsjahr 2019 betroffen, 12,8 Prozent haben über 75 Prozent ihrer Aufträge verloren. Überdurchschnittlich betroffen sind mit 10,6 Prozent auch kleine Einheiten mit bis zu fünf Mitarbeitern.

4. Stellenabbau

- **Aktuell**

Mehr als jeder Zehnte musste bereits Stellen abbauen (12,3 Prozent). Dies trifft besonders diejenigen Freiberufler, die zwischen zehn und 49 Mitarbeiter beschäftigen, hier sind es 17,6 Prozent.

- **Perspektivisch**

Bis zum Ende des Jahres befürchtet jeder vierte Freiberufler, der sich schon von Mitarbeitern trennen musste, weitere Stellen abbauen zu müssen.

Überdies erwarten fünf Prozent der Freiberufler, die bislang noch nicht zu Entlassungen gezwungen waren, bis Ende des Jahres Mitarbeiter entlassen zu müssen.

5. Nutzung der Überbrückungshilfe des Bundes

Die seit dem 8. Juli 2020 zu beantragende weitere Liquiditätshilfe hat bis 20. September 2020 und mithin vor der Verlängerung des Referenzzeitraum für die Ermittlung der Umsatzeinbrüche von bisher April und Mai auf die Monate April bis August nahezu jeder dritte Freiberufler (29,5 Prozent) genutzt. Bei 4,6 Prozent wurde der Antrag abgelehnt.

Die Überbrückungshilfe ist gerade für kleine Unternehmen mit bis zu fünf Mitarbeitern wichtig. Jeder dritte Freiberufler dieser Größe hat sie genutzt (32,1 Prozent).

Drei von vier aller Beantragenden hat sie geholfen, 33,9 Prozent halten sie für sehr hilfreich und 42,1 Prozent für hilfreich.

6. Beurteilung der wirtschaftlichen Maßnahmen

Die überwiegende Mehrheit (61,1 beziehungsweise 62 Prozent) beurteilen die wirtschaftlichen Maßnahmen von Bund beziehungsweise Ländern zur Bekämpfung der Krise als angemessen. Für untertrieben halten sie 20,8 Prozent beziehungsweise 23,2 Prozent, für übertrieben 18,1 beziehungsweise 14,8 Prozent.

7. Beurteilung der sonstigen Maßnahmen und Auflagen

Wiederum die Mehrheit (65,5 beziehungsweise 63,3 Prozent) hält die politischen Weichenstellungen von Bund beziehungsweise Ländern für angemessen. Als untertrieben stufen sie 8,3 Prozent beziehungsweise 9,3 Prozent ein. Für übertrieben halten sie 26,2 Prozent beziehungsweise 27,4 Prozent.

Über die Umfrage

Repräsentative Umfrage des Instituts für Freie Berufe (IFB) unter knapp 1.900 selbstständigen Freiberuflern zu den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in den Freien Berufen; erhoben und ausgewertet zwischen Anfang und Ende September 2020. Die Daten wurden erhoben, als erste Lockerungen vorgenommen wurden und die Hilfsinstrumente bereits Wirkung entfaltet haben.

Der Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB) vertritt als einziger Spitzenverband der freiberuflichen Kammern und Verbände die Interessen der Freien Berufe, darunter sowohl Selbstständige als auch Angestellte, in Deutschland. Allein die rund 1,45 Millionen selbstständigen Freiberufler steuern rund 336 Milliarden Euro und damit 10,9 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Sie beschäftigen über 4,3 Millionen Mitarbeiter – darunter ca. 127.000 Auszubildende. Die Bedeutung der Freien Berufe für Wirtschaft und Gesellschaft geht jedoch weit über ökonomische Aspekte hinaus: Die Gemeinwohlorientierung ist ein Alleinstellungsmerkmal der Freien Berufe.

verantwortlich:
Petra Kleining
Pressesprecherin
Reinhardtstr. 34
10117 Berlin

Mobil: 0177-4265861
Telefon: 030-284444-39
Telefax: 030-284444-78
petra.kleining@freie-berufe.de